

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 2190 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zum
Ergebnis des Pariser
KSZE-Gipfels: Auf dem
Wege zu einer
europäischen
Friedensordnung?
Seite 1

Horst Peter MdB zur
Notwendigkeit, den
Golfkonflikt mit friedli-
chen Mitteln zu lösen:
Blut ist kostbarer als Öl.
Seite 3

Dr. Edith Niehuis MdB
zur Entwicklung unter
dem neuen Premier
Shekhar: Indien in der
Krise.
Seite 5

45. Jahrgang / 223

22. November 1990

Auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung? Zum Ergebnis des Pariser KSZE-Gipfels

Von Dr. Wilhelm Bruns
Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Ist das Glas halb voll, oder ist das Glas halb leer? Von dieser alten Frage, die Optimisten von Pessimisten unterscheidet, führt der Weg zu der Frage: Sollen die beschiedenen Beschlüsse und Dokumente des mit vielen Erwartungen verbundenen Pariser KSZE-Gipfels als Erfolg gewertet werden oder muß man nüchtern feststellen, daß die 34 KSZE-Staaten eine große Chance nicht genutzt haben?

II.

Worin besteht die große Chance? Nicht nur zu einem Europa mit weniger Waffen zu kommen. Dies wurde mit dem ersten Abkommen über konventionelle Abrüstung (VKSE) erreicht. Obgleich dies sicher ein gutes Ergebnis ist, läßt der Stand der internationalen Beziehungen mehr zu.

So wichtig ein Gewaltverzicht zwischen NATO und Warschauer Pakt auch ist, so eigenartig ist er, weil die Prämissen, auf denen das VKSE-Abkommen basiert, wie auch der Gewaltverzicht, nicht mehr gegeben sind: Parität beziehungsweise Gleichgewicht zwischen zwei Militärblöcken. Den Militärblock Warschauer Pakt gibt es nicht mehr. Die Parität kann künftig kein Gradmesser mehr sein. Beim nächsten Schritt, VKSE 1b, wo es um die Verminderung der Streitkräfte geht, wird dies deutlich werden. So wichtig auch die Verabredungen sind, sich auf den verschiedenen Ebenen (Außenminister, Botschafter) regelmäßig zu treffen, so wenig fehlt es doch an der Aussage zur Substanz solcher Treffen. Was soll der Gegenstand ihrer Treffen sein? Die alten KSZE-Themen, sorgfältig nach "Körben" aufgeteilt? Oder die Herausbildung einer neuen Sicherheits- und Friedensordnung in Europa?

III.

Damit kommen wir zum Dilemma der gegenwärtigen Diskussion über eine neue europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Dazu drei Feststellungen:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Einsatz
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



1. Feststellung:

Die europäische Nachkriegszeit mit ihrer "Ordnung" ist vorüber. Eine neue europäische Sicherheits- und Friedensordnung, die alle europäischen Staaten einbezieht und als dauerhaft und gerecht angesehen wird, ist nicht in Sicht.

2. Feststellung

Es gibt funktionierende "West"-Organisationen wie die NATO, die EG und die WEU. Gemeinsamer Nenner ist ihre Begrenzung auf den Westen und ihre Ausgrenzung des Ostens. Die Gegenüber-Organisationen wie Warschauer Pakt und RGW lösen sich auf beziehungsweise haben ihre ursprünglichen Funktionen verloren.

3. Feststellung

Mit der KSZE haben wir eine gesamteuropäische Organisation, die alle europäischen Staaten einschließt und in der Perspektive die europäische Sicherheits- und Friedensordnung organisieren soll.

Diese drei Feststellungen weisen auf ein Dilemma hin.

Es gibt funktionierende Westorganisationen, aber es gibt keine verlässlichen gesamteuropäischen Organisationen. Die KSZE als Nukleus einer solchen gesamteuropäischen Organisation ist über embryonale sicherheitspolitische Anfänge bislang nicht hinausgekommen.

Das jüngste Pariser KSZE-Treffen (vom 19.-21. November 1990) hat dies eindrucksvoll bestätigt. Zu viele Schlüsselstaaten (wie die USA, Großbritannien, Frankreich u.a.) sind nicht bereit, dem KSZE-Prozeß durch wirkungsvolle Institutionen (wie das Konfliktregelungszentrum mit Befugnissen als Beispiel) Stetigkeit und Problemlösungskapazität zu geben.

IV.

Daraus folgt:

Entweder bleibt die NATO und erweitert sich mittelfristig durch die Mitgliedschaft ehemaliger "Ost"-Staaten oder es gelingt der KSZE, durch Institutionalisierung Ergänzung (Abrüstung) wie Verrechtlichung (Sicherheitsvertrag) eine anerkannte Sicherheitsorganisation in Europa zu werden. Im besten Fall haben wir uns auf eine in ihrem Verlauf nicht absehbare Periode einzustellen, die gekennzeichnet ist durch parallele Sicherheitsorganisationen in Europa, wobei die NATO, die sich ändern wird und muß (Londoner Erklärung), den Kern bildet.

In dem Maße, wie es der KSZE gelingt, gesamteuropäische Funktionen wirklich zu übernehmen, wird die NATO in ihrer Bedeutung zurückgehen. Daraus folgt aber auch: Gelingt den KSZE-Staaten dies nicht, wird die NATO als die einzig funktionierende Organisation in Europa bleiben, wobei die KSZE allenfalls eine ergänzende Funktion übernimmt, um vielleicht auch nur eine marginale Rolle spielen zu können.

V.

Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis des Gipfeltreffens von Paris recht bescheiden ausgefallen. Obgleich die politischen Voraussetzungen so gut wie nie waren, um zu einer neuen wirkungsvollen KSZE-Struktur zu kommen, beschränkt sich die Institutionalisierung auf das Konfliktverhütungszentrum, das lediglich als Erfassungs- und Auswertungsstelle für Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung fungieren soll. Dies, obgleich alle wissen, daß es künftig weniger um militärische Konflikte in Europa geht, sondern um Konflikte, sich aus Minderheitenproblemen, Nationalitätenkämpfen und Wohlstandsdifferenzen ergeben. Für diesen Konflikttyp brauchen wir in Europa neue Instrumente und verlässliche Verfahren. Wenn es nach der Bundesrepublik und der UdSSR sowie kleinerer Länder gegangen wäre, wäre in Paris ein Beschluß gefaßt worden, der das neue Konfliktregelungszentrum in die Lage versetzt hätte, Konflikte der oben beschriebenen Art zu begegnen. Paris hat gezeigt, daß der dringende Bedarf an zuverlässigen Mechanismen der Konfliktprävention beziehungsweise -regelung nicht realisiert werden kann, weil es am politischen Willen einiger wichtiger KSZE-Staaten fehlt. Jedenfalls kann man das beschlossene Konfliktverhütungszentrum mit einem kleinen Büro ohne Stab und ohne politische Kompetenzen nicht als Einstieg in eine vielversprechende Institutionalisierung des KSZE-Prozesses werten.

VI.

Fazit:

Dem KSZE-Gipfel in Paris waren drei Aufgaben zugeordnet:

- Europäisierung des 2 + 4-Vertrages beziehungsweise die außenpolitische Absicherung des deutschen Einigungsprozesses
- Unterzeichnung des ersten Vertrages über konventionelle Abrüstung und schließlich
- Einstieg in die Entwicklung der Institutionalisierung des KSZE-Prozesses auf dem Wege zu einer neuen Sicherheitsordnung in Europa.

Die beiden erstgenannten Aufgaben sind erfüllt worden.

Die dritte zukunftsweisende Aufgabe dagegen nicht. Die Bundesregierung muß hier auf ihre westlichen Verbündeten (USA, Frankreich und Großbritannien) hinwirken, damit diese "Bedenkenträger" ihre Ablehnung weitergehender Institutionalisierung des KSZE-Prozesses aufgeben.

(-/22. November 1990/rs/fr)

Blut ist kostbarer als Öl

Zur Notwendigkeit, den Golfkonflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen

Von Horst Peter MdB

Erst mit dem Überfall auf Kuwait und dessen völkerrechtswidriger Annexion mutierte der menschenverachtende irakische Diktator Saddam Hussein in den Augen des Westens zu dem Blutsäufer, der er schon immer war. Weil er zur Begleichung der Rechnungen für den Kauf der Waffen in den letzten zehn Jahren, die er für seinen Krieg gegen Chomeini benötigte, an einem hohen Ölpreis interessiert war, brachte er die "Heilige Allianz für billiges Öl" zwischen den USA und ihren Scheichs durcheinander. Denn es geht nicht um die Sicherung des Zugangs zum Lebenselixier der westlichen Weltwirtschaft: es geht um den Preis des Öls. Selbst Hussein will schließlich verkaufen. Denn eine ebenfalls vom Öl - in diesem Fall vom Verkauf des Öls - abhängige Volkswirtschaft wie die irakische lebt nicht von der Gewißheit ihrer Ölfördermöglichkeiten, sondern vom Verkauf des Öls.

Der Golfkonflikt muß politisch, diplomatisch und das heißt friedlich gelöst werden. Dagegen wenden sich schon bewährte Kriegs-Strategen wie der ehemalige Stellvertretende Verteidigungsminister Perle, der keine diplomatische Lösungsmöglichkeiten sieht und prinzipiell für die militärische Lösung plädiert, die militärische Lösung will. Perle will den ehemaligen Verbündeten Hussein und gefürchteten Störenfried auf Dauer beseitigen. Deshalb vergleicht Bush Hussein auch mit Hitler, dem auch nur die bedingungslose Kapitulation angeboten wurde.

Wir wissen nicht, was Gorbatschow für die Zusicherung der territorialen Integrität der UdSSR Bush auf Malta versprach. Lassen der ökonomisch induzierte militärische "Ausgleich" zwischen West und Ost und die territorialen Integrationsprobleme der UdSSR zum Westen nun im Süden freie Hand? Hat Malta Jalta ersetzt? Ist die Gegenleistung der Verzicht auf das sowjetische Veto im UN-Sicherheitsrat? Wird damit die UN zum Interessenorgan der Metropolen des Nordens?

Wir wissen nicht, was Kohl Bush für dessen Genehmigung der deutschen Einheit versprach. Aber deutlich wurde während der Irak-Mission Willy Brandts, daß diese Reise die USA in ihrer Vorbereitung des raids gegen Hussein störte. Denn während Willy Brandt in Bagdad verhandelte und Friedenslösung sondierte, reiste Außenminister Baker durch die Frontstaaten und schmiedete die Kriegskoalition gegen Hussein.

1.

Die Logik der Krise in diesem Herbst und Winter lautet "Sterben für billiges Benzin!", auf amerikanisch "No blood für oil": die Verteidigung des zerstörerischen Wachstumsmodells des Nordens durch die Militarisie-

zung des Nord-Süd-Konfliktes. Möglich geworden ist diese Konfrontation durch den als historischen Sieg des Kapitalismus verstandenen Zusammenbruch des Stalinismus. Ergänzende Faktoren sind die aktuellen ökonomischen Schwierigkeiten der USA, die vor einer Rezession stehen, und unentschiedene strategische Liniendiskussionen.

Die Absicht, das auf Verschwendung, Vergeudung und ungebremste Ausbeutung von Mensch und Natur basierende Wachstumsmodell des "Westens" aufrechtzuerhalten, militarisiert für die nächste Zeit den Nord-Süd-Konflikt. Die legitime Forderung der Menschen der Dritten Welt, über gerechte Austauschbeziehungen mit den Metropolen den ihnen zustehenden Anteil an der Weltwirtschaft, an Produktion, Rohstoffen und Wohlstandsmehrung zu erhalten, läßt sich entweder durch den "Verzicht" des Nordens erfüllen, oder diese Forderung muß militärisch niedergehalten werden.

II.

Die US-Intervention sollte auch vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung der USA gesehen werden. Die ökonomische Schallgrenze liegt bei einem Ölpreis von 25 Dollar. Darüber beginnt die rasante Fahrt in die Rezession. US-Außenminister Baker hat in diesen Tagen deutlich gesagt, warum man Krieg gegen Hussein wolle. "Um es auf das Niveau des normalen Amerikaners zu bringen... Es bedeutet Arbeitsplätze in den USA!" Die amerikanische Abhängigkeit vom Öl ist Ergebnis der gescheiterten amerikanischen Energiepolitik: die USA stellen zwei Prozent der Weltbevölkerung, verfügen über vier Prozent der Weltölreserven und verbrauchen 25 Prozent der jährlichen Ölförderung. Präsident Carter hat schon in den 70er Jahren verstanden, daß Energiesparen die moralische Alternative zum Weltkrieg ist.

Die ökonomische Schwäche der USA soll die Debatte zwischen Geo-Strategen und Geo-Ökonomen entschieden haben. Nicht Wirtschaftsmacht, sondern die Fähigkeit zur militärischen Intervention an jedem Ort der Welt, sei Ausweis der amerikanischen Dominanz in der Weltpolitik - eine Ansicht, mit der auch die sowjetischen Weltmachtplaner scheiterten.

III.

Nach dem Ende des Ost-West-Systemkonfliktes rechneten wir mit einem massiven Abrüstungsprozeß und der Ausschüttung der "Friedensdividende". Von Seiten der militärischen Planer wird eindeutig eine andere Politik verfolgt. Die von den Militärs für nötig gehaltene höhere Mobilität und Feuerkraft der verbleibenden Resttruppen wird einerseits Abrüstungsmaßnahmen bei Waffen - und Truppenstärke mehr als ausgleichen, andererseits neue Investitionen erfordern. Die Vorstellung des neuen Luftlandpanzers Wiesel weist in diese Richtung! Die passende militärische Gliederung sind schnelle Eingreiftruppen. Die Ausgaben für militärische Forschung in der Bundesrepublik werden die Rekordsumme von 4,1 Milliarden DM erreichen.

Schon im Frühjahr konnte eine Feindbildrevision in Presse und bei der "Truppe" beobachtet werden. Ein junger Offizier meinte im Gespräch: "Unser künftiger Gegner wird wohl weiter im Osten stehen, Asiaten und Araber." (FR 30.5.90). Saddam Hussein erlaubt den Strategen die Erneuerung der Motivation, der Disziplin und der Prioritäten des Kalten Krieges.

Der islamische Fundamentalismus, seine orientalischen Radikalismen, die für das Europa der Aufklärung der Französischen Revolution, der Menschenrechte und der bürgerlichen, sozialen und sexuellen Emanzipation das natürliche Gegenbild abgeben, aber in seiner Frontstellung gegenüber Menschenrechten und Demokratie anderen, auch europäischen, religiösen Fundamentalismen ebenbürtig ist, bietet sich als das neue Feindbild an. Der Fundamentalismus folgt und ersetzt den laizistischen arabischen Nationalismus, beides die arabisch-islamische Antwort auf die christlich-europäischen Kreuzzüge, nachdem dieser in der Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Metropolen Europa und USA nicht den gewünschten Erfolg hatte. Saddam Hussein ist zu interpretieren als letzte Karte des laizistischen Nationalismus in der Konkurrenz mit dem Fundamentalismus. Die religiöse Maskerade des Fundamentalismus verstellen wahrscheinlich den Blick auf seinen Kern: "antiimperialistische" Auflehnung gegen die ökonomische und politische Dominanz der kapitalistischen Metropolen.

IV.

Statt den Prozeß der deutschen Einheit als Chance für die Entwicklung einer Friedensinitiative auch für den Nahen Osten zu begreifen, fiel Kohl nichts anderes ein als der Versuch einer handstreichartigen Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel, neue Einsatzoptionen für die Bundeswehr zu schaffen. Auch die moderate Tonlage des Kanzlers gegenüber Bush in den letzten Tagen ersetzt nicht eine diplomatische Initiative.

So wird sich in diesem Jahr entscheiden, welche Rolle der unter den europäischen Staaten ökonomisch Mächtigste zukünftig in Europa und in der Welt einnehmen will. Der wiedergewonnene und wiedervereinigte, in seine vollen Souveränitätsrechte eingesetzte deutsche Nationalstaat, sollte nicht mit einer militärischen Polizeiaktion auf die Bühne der Weltpolitik zurückkehren, nachdem dieser Staat vor rund 50 Jahren mit einem und nach einem Weltkrieg unterging und von der weltpolitischen Bühne verschwand. Die deutsche Rolle in der Welt, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland denn eine Rolle in der Welt einnehmen soll, sollte auf friedlichem Konfliktmanagement beruhen und nicht eine Form der Kanonenbootpolitik in moderner Fassung einnehmen. Das wiedervereinigte Deutschland sollte seine bisherige alternative Haltung, die sich aus der einmaligen Erfahrung zweier Überfälle auf die ganze Welt und der daraus im Grundgesetz gezogenen Lehre ergibt, als prinzipielle Haltung beibehalten und beispielhaft wirken.

Prinzip deutscher Außenpolitik sollte sein, daß von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgeht, aber auch nichts, was man in der Welt dazu braucht. Deshalb sollte die restriktive Rüstungsexportpolitik durch ein prinzipielles Verbot von Rüstungsexporten ersetzt werden. Bush Warnung vor einer 'Appeasement'-Politik gegenüber Saddam Hussein kann schließlich nicht vergessen machen, daß die eigentliche Appeasementpolitik gegenüber dem Irak in den 80er Jahren stattfand, der Westen den Irak aufrüstete und als Schutzschild gegenüber dem Iran verstand, und die Bundesrepublik einen recht umfangreichen Beitrag zur Aufrüstung des Irak geleistet hat.

Bei der "Öffnung" der Dritten Welt für deutsche Truppen geht es um eine strukturelle Entscheidung deutscher Politik, um eine Langzeit- und Grundsatzentscheidung und nicht um den Einzelfall "Irak". Der erste Einsatz bedeutet den Eintritt der Bundesrepublik in eine "Weltpolizei", die praktisch stets nach Interessenlagen der nördlichen Staaten gegen den Süden handeln wird und muß.

Die aktuelle Diskussion und die der letzten 12 Jahre beweist - schon 1978/79 und 1988 führte die Union den Diskurs über die "Verteidigung unseres Öls" durch die Bundeswehr und auch jetzt werden Stimmen laut, die für die Bundeswehr keinerlei Begrenzung der Einsatzoptionen mehr wünschen -, daß Saddam Hussein nur einigen einen billigen Vorwand liefert, um langgehegte Wünsche und Phantasien zu realisieren.

V.

Wer von der Logik des Krieges redet, muß die Realitäten des Krieges bedenken. Es wird keinen Spaziergang nach Bagdad geben: schon rechnet das Centre of Defence Information mit 65.000 Kriegstoten, das US-Verteidigungsministerium mit 30.000 toten US-Soldaten in den ersten 20 Kriegstagen. Zur Realität des Krieges können auch Bundeswehrsoldaten in Zinksärgen gehören.

Ist der Golf-Konflikt das "letzte rote Warnlicht" vor einer weltpolitischen Phase, in der die bestehenden ökonomischen und sozialen Ungerechtigkeiten zwischen Nord und Süd, verschärft durch die sich anbahnende ökologische Krise, zu Verteilungskriegen zwischen Nord und Süd führen?

(-/22. November 1990/rs/fr)

Indien in der Krise

Zur Entwicklung unter dem neuen Premier Shekhar

Von Dr. Edith Niehuls MdB

Vorsitzende der Indisch-deutschen Parlamentariergruppe des Bundestages

Staatspräsident Ramaswamy Venkataraman beauftragte Chandra Shekhar am Donnerstag, dem 8.11., mit der Bildung der neuen indischen Regierung, nachdem die Führer der beiden größten indischen Parteien, Rajiv Gandhi von der Kongreßpartei und Lal Krishna Advani von der rechtsgerichteten Hindu-Partei Bharatija (BJP) am 8.11. ebenso wie die Linke Front es abgelehnt hatten, die Regierung zu bilden.

Schon am 5.11. wurde Chandra Shekhar von einem Teil der Janata-Dal-Fraktion anstelle von Premierminister V.P. Singh zum neuen Parteichef gewählt.

Der Konflikt, an dem die Regierung V.P. Singhs, die nur ein säkulares und demokratisches Indien vertreten wollte, zerbrochen ist, wurde durch die geplante Errichtung eines Hindu-Tempels ausgelöst.

Der Tempel, dessen Bau am 30.10.90 in der Pilgerstadt Ayodhya für den Gott Rama beginnen sollte, erfordert den Abriß einer wichtigen Moschee der Moslems und ist gegenwärtig Gegenstand blutiger Auseinandersetzungen zwischen Muslims (12 Prozent der indischen Bevölkerung) und Hindus (82 Prozent der indischen Bevölkerung), die jetzt auch New Delhi ergriffen hat.

Advani unterstützte die Absicht der extremistischen Hindu-Organisation Vishwa Hindu Parishad (VHP), die neben dieser Moschee noch weitere 3.000 Moscheen in ganz Indien abreißen will, mit dem Bau des Tempels zu beginnen. Er begann mit Tausenden von Anhängern eine 10.000 Kilometer lange Pilgerreise durch das Kernland der Hindus, um für den Tempel zu werben.

Als Adani im Bundesstaat Bihar am 23.10.90 auf Beschluß der Regierung der Nationalen Front mit Unterstützung der linken verbündeten Parteien festgenommen wurde, kam es zum Bruch. Die BJP versagte der seit elf Monaten regierenden Koalition der Nationalen Front ihre Unterstützung, die dadurch ihre Parlamentsmehrheit verlor.

Seine entscheidende erste Abstimmung hat der neue indische Premierminister Chandra Shekhar am 16.11. im indischen Parlament gewonnen. 269 der 522 im Parlament vertretenen Abgeordneten votierten für seine Regierung, 204 stimmten gegen ihn. Damit verfügt Shekhar über eine regierungsfähige Mehrheit. Shekhar wird von der Kongreßpartei Rajiv Gandhis unterstützt sowie von kongreßnahen Splittergruppen.

Schon vor Wochen hatte die Kongreßpartei klar gemacht, daß sie jede Janata-Dal-Regierung unterstützen würde, sofern sie nicht von V.P. Singh geführt wird.

C. Shekhar selbst leitet eine von der bisherigen Regierungspartei Janata Dal abgespaltene Gruppe von 68 Abgeordneten. Die BJP sowie der Rest der Janata-Dal V.P. Singhs stimmten gegen ihn.

Vorzeitige Wahlen lehnte die Kongreßpartei ab, denn durch das Bündnis mit Shekhar steigt nicht nur Gandhis Einfluß auf die Regierung wieder, sondern V.P. Singh wäre auch ein ernstzunehmender Gegner.

Mit seiner festen Haltung im Hindu-Moslem-Konflikt und seinen Vorschlag zu einer neuen Quotenregelung im Kastensystem konnte er sich Stimmen der Niedrigkastigen und Muslims, die zusammen 70 Prozent der Bevölkerung Indiens bilden, gesichert haben.

In der Kongreßpartei werden Spekulationen laut, die mit Neuwahlen im April/Mai 1991 rechnen, wenn es nicht zu einer Verschmelzung der Janata-Dal (Socialist) Partei Chandra Shekhars mit dem Kongreß kommt.

Die verfeindeten Bevölkerungsgruppen und Religionsgemeinschaften, die desolate wirtschaftliche Lage und die bürgerkriegsähnlichen Zustände in einigen Unionsstaaten fordern Chandra Shekhars heraus, dessen handlungspolitischer Spielraum durch das Zweckbündnis stark eingeschränkt ist.

Die Situation erinnert an 1979 und 1980. Damals unterstützte die abgewählte Indira Gandhi Charan Singh bei seinen Bemühungen, Regierungschef zu werden, um ihn zum passenden Zeitpunkt fallenzulassen und zur Macht zurückzukehren.

C. Shekhar muß sich den Vorwurf gefallen lassen, gegen den Wählerwillen zu verstoßen, da nun die vor knapp einem Jahr von der Regierung abgewählte Kongreß-Partei Gandhis die entscheidende Stütze der Regierung bildet.

Den Trend geben die erstarkenden Hindu-Fundamentalisten an wie die BJP, die innerhalb von vier Jahren ihre Parlamentssitze in Delhi von 2 auf 86 steigern konnten. Es geht um die Vorherrschaft von Hindus über Nicht-Hindus und das säkulare Selbstverständnis Indiens, auf das schon Nehru sehr viel Wert legte, droht zu zerbrechen.

Es ist zu befürchten, daß der hinduistisch-moslemische Konflikt die religiösen Fronten in Indien verhärtet, den Zusammenhalt des Bundesstaates bedroht, eine Lösung des Kaschmir-Problems noch mehr erschwert und weitere außenpolitische Konflikte mit dem moslemischen Nachbarstaat Pakistan provozieren könnte.

(-/22. November 1990/rs/fr)
